

Bürgerbrief: Trump, psychisch krank, ist nur die Spitze des Eisberges
 von Franz Witsch
 Hamburg, 14.10.2017

Liebe FreundeInnen des politischen Engagements,

Der Erfolg der AfD, auch wenn sie vielleicht schon dabei ist, sich wieder zu zerlegen (vgl. **Q01**, **Q03**), zeigt eines: Die Politik hat den Kontakt zu einem signifikanten Teil der Bevölkerung verloren, vermutlich unwiderruflich, wiewohl die Politik genau dies mit Hilfe der veröffentlichten Meinung zu verhehlen versucht.

In dem Maße wie das geschieht, könnte sich das Gewaltpotential in jenem so erheblichen wie u.U. wachsenden Teil der Bevölkerung erhöhen, das irgendwann, wenn jener Teil eine kritische Masse übersteigt, in nicht mehr kontrollierbare Gewalt umschlagen muss. Darauf arbeitet die Politik – Grüne und Linke eingeschlossen – mehr oder weniger bewusst hin.

„Unbewusst“ bedeutet: Politiker sind sich mental – nach innen hin – keiner Schuld bewusst, schon gar nicht, dass sie dazu beitragen, dass gewaltbereite linke Autonome für eine Politik der Gewalt regelmäßig instrumentalisiert werden, sich instrumentalisieren lassen. Indes können politische Gewalttäter der politischen Exekutive darauf bauen, dass linke Autonome das Geschäft eines gewaltbereiten Staates betreiben.

Man könnte meinen, es gebe ein geheimes Abkommen zwischen sogenannten linken Gewaltbereiten, die sich revolutionär dünken, und einem Staat, der soziale Probleme, die er friedlich nicht lösen will, grundsätzlich gewalttätig, also gar nicht lösen möchte. In diesem Sinne will der Staat die Gewalt nach innen wie – durch Kriege – nach außen (**BB147**, S. 124f). Und weil er Gewalt will, bekommt er sie.

Es ist sinnlos, in Wahlen gegen Politiker anzuwählen, die mehr oder weniger bewusst eine Politik der gewaltsamen Lösungen befördern (vgl. **BB151**, S. 136), sind Linke in Parlamenten und Regierungsverantwortung an diesen Prozessen wachsender Gewalt doch zumindest unbewusst beteiligt oder sie entwickeln sich, siehe Ex-Innenminister Otto Schily, einst Friedensengel der Grünen, in Regierungsverantwortung zu gewaltbereiten Hardlinern.

Es scheint, als könne man, wie damals in der DDR über Jahrzehnte, nur zuschauen, wie die Entwicklung einer schleichenden Zerstörung politischer wie sozialer Strukturen ihren Lauf nimmt, bzw. aufgrund welcher mentaler Vorgänge Politiker aller im Bundestag vertretenden Parteien diese Entwicklung mehr oder weniger bewusst befördern. Darüber sprechen kann man mit verantwortlichen Politikern nicht.

Wer diese Zeilen ungläubig liest, sollte sich in Erinnerung rufen, dass sogar Friedensnobelpreisträger Willy Brandt Ende der 1960er Jahre Verständnis für den Massenmord der Amerikaner in Vietnam aufbrachte, als würden die USA sich beim Massenmorden für die Welt aufopfern. In (**BrP**) heißt es u.a.:

„Die Bundesregierung und viele Führungsspitzen des politischen Systems ließen sich in ihrer Zustimmung zur Politik der USA nicht beirren (...). 1965 forderte Bundesaußenminister Schröder (CDU) (...) vor dem Ministerrat der Westeuropäischen Union in Luxemburg mit Nachdruck ‚Härte in Berlin und Vietnam‘ (...) Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Fritz Erler, warnte die USA vor einem ‚weichen Kurs‘ in Indochina, und Willy Brandt (...) beglückwünschte den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu den ‚vietnamesischen Erfolgen‘.“ (**BrP**, S. 123f)

Ohne dieses Verständnis für den Massenmord wäre Brandt sehr wahrscheinlich nicht Bundeskanzler geworden. Was nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass er wohl meinte, was er sagte: sein Verständnis kam sehr wahrscheinlich aus dem Herzen. Vielleicht wurde er ja deshalb zum Alkoholiker, weil er leider nur ahnte, wie menschenverachtend er dachte und sprach und dies später, kurz vor seinem Rücktritt als Bundeskanzler, zumindest indirekt zum Ausdruck brachte. Ziemlich spät: Alle Welt protestierte mittlerweile gegen den Massenmord in Vietnam (vgl. **Q04**), während Brandt noch lange schwieg. Allerdings war seine Reputation als Friedensnobelpreisträger nunmehr in Gefahr; vielleicht wachte er deshalb langsam auf, für einen Alkoholiker nicht ganz einfach: Vorerst ziemlich schmallippig, sozusagen im Flüsterton, trug er „in einer Geheimbotschaft“ US-Präsident Nixon „seine Besorgnis über den Bombenkrieg gegen Nordvietnam vor“ (**Q04**).

Ich denke, in bald 60 Jahren sollte man sich langsam mit dem Gedanken anfreunden, dass sich bis heute nichts geändert hat. Niemand beißt die Hand (die Institution), die einen materiell und mental ernährt. Will sagen: Insbesondere in Regierungsverantwortung werden SPD, Grüne und Linke in Zukunft an menschenverachtenden Entwicklungen in der Gesellschaft eine besonders zuverlässige, weil „unbewusste“ Rolle spielen, die Gewalt in der Gesellschaft mag noch so sehr zunehmen. Fatal sind ihre unbewussten Neigungen, sich institutionellen Erfordernissen anzupassen, die es, wenn es denn zur Gewalt kommt, gestatten, dass sie ihre Hände ganz besonders verlogen in Unschuld waschen können. Genau das wird diesen sogenannten kleineren Übeln – siehe nicht nur Schily und Brandt – gelingen, selbst wenn, wie bei Schily, ihre tatsächliche Verantwortung für wachsende Gewaltexzesse noch so sehr ins Auge springt.

Brandt sei aufgrund seiner Alkoholsucht bis zu einem gewissen Grad entschuldigt, die es mit sich brachte, dass er nach seinem grandiosen Wahlsieg 1972 die letzten zwei Jahre seiner Regierung buchstäblich im Halb-Koma verbrachte. Immerhin fühlte er sich später zu den Friedensbewegten hingezogen, war also lernfähig, was man von einem Politiker wie beispielsweise Trump nicht behaupten kann.

Was Trump betrifft, so ist er anerkanntermaßen extrem gefährlich. Nicht nur nicht lernfähig, ist er nicht einmal für seine nächste Umgebung erreichbar. Er ist psychisch krank und steht damit für eine andere Qualität des Miteinanders als noch vor 60 Jahren:

Psychisch Kranke werden heute bis in höchste Regierungsfunktionen gewählt. Es ist wie bei einem Drogensüchtigen oder einer Person, die unter einer Borderline-Persönlichkeitsstörung (BPS) leidet: Kommen sie sozial nicht zurecht oder haben sie keinen Erfolg, sind immer die Anderen Schuld.

Hier deuten sich auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene mentale Defizite an, die ein Verwandtschaftsverhältnis nahelegen zwischen psychisch kranken Menschen und solchen, die gemeinhin (noch) als „normal“ durchgehen (vgl. **K14**, S. 11-18). Trump ist dafür ein besonders augenfälliges Beispiel, wenn auch wegen seiner vielen Wähler nur die Spitze des Eisbergs, der anzeigt, dass es in der Gesellschaft generell immer gewalttätiger zugeht. Dies zeigen nicht zuletzt Auseinandersetzungen, die sich gerade zwischen Trump und dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, Bob Corker, abspielen. Es sei schade, so der republikanische Corker (Trump's Parteifreund), „dass das Weiße Haus zu einer Tagesbetreuung für Erwachsene geworden ist. Da hat jemand heute morgen offensichtlich seine Schicht verpasst“ (**Q02**).

Corker reagierte damit auf eine der vielen wüsten Drohungen, die Trump gegen Nordkorea aussprach. Die sind in seiner Regierung ganz offensichtlich nicht mehr-

heitsfähig. Das wirft freilich nur ein besonderes Licht auf seine prekäre psychische Verfassung.

Corkers zynischer Ton darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir es bei Trump mit einem psychisch kranken Menschen zu tun haben könnten, der, wie gesagt, von einem erheblichen Teil der Amerikaner gewählt worden ist, die vielleicht ähnliche Symptome in ihrem Denken, Sprechen und Verhalten wie Trump aufweisen. Insofern könnte man vielleicht von einer „kranken“ Gesellschaft sprechen – ähnlich wie man von einem psychisch kranken Menschen spricht.

Viele, so auch ich, haben es vielleicht schmerzhaft erfahren müssen, wie schwer es ist, Gefühlsjunkies, Drogensüchtige oder psychisch Kranke, namentlich BPS-Betroffene zu erreichen, mithin zu überzeugen, dass sie Entgiftung (von Drogen) und Therapie brauchen und, ganz wichtig, dass sie Entgiftung und Therapie auch ernsthaft betreiben müssen. Das tun sie nur, wenn sie bereit sind, (nicht zuletzt) Diskriminierungen oder Entzugserscheinungen (innerlich) auszuhalten, d.h. bereit sind, ggf. über Jahre zu lernen, mit innerem Druck (negativen Gefühlen) zu leben, um diesen (interaktiv-therapeutisch) verarbeiten zu können. Dazu sind psychisch Kranke genau dann nicht bereit (in der Lage), wenn sie denken, es könne, ja müsse ohne Schmerz – vielleicht in einer Art Event-Therapie – gehen.

Auch Politiker sind massivem Druck ausgesetzt, den sie wie auch immer sehr fragwürdig zu verringern suchen, indem sie sich - gar nicht so viel anders wie BPS-Betroffene - an ihrer Umgebung, meist an Schwächeren, abreagieren; und befördern auf diese Weise, weil ihre Abreaktionen als "normal" durchgehen, Gewaltexzesse auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Tatsächlich würden sich Politiker dem inneren Druck (Schmerz) gewachsen zeigen, wenn sie z.B. auf die Schande eines Macht- oder Funktionsverlustes und damit verbundene Einkommens-Pfründe verzichten könnten. Das schließt allerdings, wie in (DP4) näher beschrieben, ein, dem Machtbegriff nicht eine Bedeutung beizumessen, die ihm nicht zukommt, es sei denn die eigene Macht- und Geldgier (für das Gute, versteht sich) zu rationalisieren; anstatt zu bedenken, dass Politiker, wollen sie „erfolgreich“ Macht ausüben, auf das A-Soziale fokussiert bleiben müssen, solange wir im Kapitalismus leben. Ja und überhaupt: was für eine Macht soll das sein, die das Unvermeidliche lediglich exekutieren darf?

Herzliche Grüße

Franz Witsch

www.film-und-politik.de

Quellen:

BB147: Franz Witsch, Kommunikationsverweigerung und wachsende Gewalt (Kriege). <http://film-und-politik.de/Politik/BB-bis200.pdf> (S. 124)

BB151: Franz Witsch, Martin Schulz – nur mehr ein Untoter auf der politischen Bühne. <http://film-und-politik.de/Politik/BB-bis200.pdf> (S. 136)

BrP: Peter Brückner, Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse, Berlin 1976

K14: Mentalisieren: Anmerkungen zur Gestaltung des Innenlebens: „Normal“ und „psychisch krank“ – ein Verwandtschaftsverhältnis?

<http://film-und-politik.de/Politik/K14.pdf> (S. 11)

DP4: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers. 4. Teil: Theorie der Gefühle, Norderstedt 2015

Q01: Frauke Petry: "Blau steht für konservative, aber auch freiheitliche Politik". AfD-Aussteigerin Frauke Petry bestätigt die Gründung einer neuen Partei – die Blaue Partei. Zeit Online vom 13.10.2017

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-10/frauke-petry-blaue-partei-buergerforum-blaue-wende>
Q02: Trump überwirft sich mit republikanischem Senator und Außenpolitiker Cor-
ker, Welt.de vom 09.10.2017

<https://www.welt.de/newsticker/news/article169440330/Trump-ueberwirft-sich-mit-republikanischem-Senator-und-Aussenpolitiker-Corker.html>

Q03: AfD-Wähler: Was nicht sein darf, kann nicht sein
Telepolis vom 13.10.2017, von Hans-Dieter Rieveler

<https://heise.de/-3851301>

Q04: Vietnam-Protest: Moralische Instanz
Spiegel Online vom 08.01.1973

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42713406.html>